

Protokoll
über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Aurich

Sitzungstermin: Dienstag, den 23.05.2023

Sitzungsbeginn: 17:05 Uhr

Sitzungsende: 19:05 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Bürgermeister

Herr Horst Feddermann

Ratsvorsitzende

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

stv. Vorsitzende

Frau Monika Gronewold

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Bodo Bargmann

Herr Harald Bathmann

Frau Erika Biermann

Frau Saskia Buschmann

Frau Sarah Buss

bis 18:39 Uhr (TOP 16)

Frau Heike Cremer

Frau Waltraud de Wall

ab 17:06 Uhr (TOP 2) bis 18:58 Uhr (TOP 16)

Herr Arno Fecht

Herr Philipp Frieden

Herr Arnold Gossel

Herr Hermann Gossel

Frau Antje Harms

Frau Almut Kahmann

Herr Frank Kubusch

Frau Gerda Küsel

Herr Wolfgang Ladwig

Frau Dore Löschen

Herr Artur Mannott

Herr Manfred Möhlmann

Herr Reinhold Mohr

Herr Gunnar Ott

Herr Johann Reiter

Herr Volker Rudolph

Herr Georg Saathoff

Herr Stefan Scheller

Herr Hendrik Siebolds

Herr Peter Specken

Frau Hilde Ubben
Herr Reinhard Warmulla
Frau Heidrun Weber
Herr Bastian Wehmeyer

ab 17:10 Uhr (TOP 4)

von der Verwaltung

Frau Sandra Grau
Frau Laura Rothe
Herr Mirko Wento
Herr Stefan Harms
Frau Birgit Ehring-Timm
Herr Nils Friedrichs

Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Menko Bakker
Herr Rolf-Werner Blesene
Herr Jens Coordes
Herr Hermann Ihnen
Herr Richard Rokicki
Herr Wiard Siebels

von der Verwaltung

Herr Erster Stadtrat Hardwig Kuiper
Frau Stadtbaurätin Alexandra Busch-Maaß

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates um 17:05 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 27.04.2023

Frau Altmann wünscht eine Ergänzung zu ihren Ausführungen unter TOP 9 „Schreiben des BUND - Regionalverband Ostfriesland -, hier: Vertreter der Umweltverbände als fachlich beratendes Mitglied im Ausschuss für Klima, Umwelt und Verkehr“. Es soll ebenfalls hervorgehoben werden, dass in allen Fachausschüssen vergleichbare Sachkompetenz vertreten sein sollte.

Mit der obigen Ergänzung wird das Protokoll mit 31 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende verweist auf Anträge zum Tagesordnungspunkt 12 „Kündigung Anrufbus“.

Es handelt sich um den gemeinsamen Antrag der Gruppe SPD/GAP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 23/029/1 -, hier: Änderungsantrag zur Drucksache 23/078 „Kündigung Anrufbus“ und den Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache Antrag 23/018), welcher im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen gestellt worden ist.

Des Weiteren teilt sie mit, dass der Tagesordnungspunkt 6 „4. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Aurich“ vertagt werden soll. Hier bedarf es noch Beratungs- und Klärungsbedarf.

Frau Altmann teilt mit, dass sie einen Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 16 „Antrag der CDU-Fraktion, hier: Resolution des Rates der Stadt Aurich zum Thema Wolf“ stellen möchte. Nach kurzer Diskussion besteht jedoch Einigkeit darin, dass der Änderungsantrag unter dem Tagesordnungspunkt gestellt werden soll.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er bereits mit Vertretern des Landkreises Aurich gesprochen habe. Der Landkreis Aurich möchte sich an der geplanten Informationsveranstaltung zum Thema Wolf beteiligen. Es bedarf jedoch noch einer Abstimmung innerhalb des Verwaltungsvorstandes des Landkreises Aurich. Er verweist auf einen entsprechenden Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 22. Mai 2023.

Mit den obigen Ergänzungen und Änderungen wird die Tagesordnung sodann einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin möchte wissen, wann der Marktplatz in der Innenstadt saniert wird. Aufgrund der mittlerweile an vielen Stellen unebenen Pflasterung ist die Fläche des Marktplatzes für Menschen mit Gehbehinderung oder Rollatoren kaum begehbar.

Der Bürgermeister antwortet, dass eine Sanierung derzeit nicht vorgesehen ist. Schäden oder Unebenheiten an Fuß- und Radwegen sowie Straßen können jedoch jederzeit bei der Stadtverwaltung Aurich oder den jeweiligen Ortsbürgermeistern gemeldet werden. Die zuständigen Stellen werden sich dann um die Reparatur kümmern.

TOP 6 4. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Aurich
Vorlage: 23/039/1

Auf den Tagesordnungspunkt vier wird verwiesen.

TOP 7 Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehen i.H.v. 5.000.000,- Euro aus der Kreditermächtigung 2021
Vorlage: 23/072

Die Vorlage wird von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Mietspiegel 2022 für die Stadt Aurich
Vorlage: 23/061

Herr Siebolds wünscht, dass der Politik der vollständige Bericht zum Mietspiegel 2022 zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse zeigen, dass in Aurich ein hoher Bedarf an kleinen bezahlbaren Wohnungen besteht. Gleichzeitig sind die Mieten und die Nebenkosten in den letzten Jahren sehr stark gestiegen, so Herr Siebolds.

Die Vorlage wird sodann von den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Antrag der Ratsfrau Heidrun Weber, hier: Einsparungen bei Fraktionssitzungen
Vorlage: ANTRAG 23/017

Beschluss:

Die Herabsetzung der Anzahl der Fraktionssitzungen auf maximal 24 bezahlte Sitzungen pro Fraktion/Gruppe im Jahr wird mit 3 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 10 Neufassung der Satzung der Stadt Aurich über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) und des dazugehörigen Kostentarifs
Vorlage: 23/093

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Satzung der Stadt Aurich über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) und des Kostentarifes zu § 2 dieser Satzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 11 Anpassung Gebührensätze für das Historische Museum der Stadt Aurich
Vorlage: 23/080

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt:

Die Gebührensätze für das Historische Museum der Stadt Aurich werden ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt wie folgt festgelegt:

Personenkreis	Eintrittspreis in Euro
Erwachsene	5,00
Kinder und Jugendliche (vom 7. bis 18. Lebensjahr), Schüler/innen, Studierende, Bundesfreiwilligendienstleistende, Personen, die das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr ableisten, Inhaber/innen der Auricher Ermäßigungskarte und der JuLeiKa	2,50
Familie (2 Erwachsene und 2 Kinder)	10,00
Für eine zusätzliche Führung	30,00

Ergänzung zum obigen Beschluss:

Es ist ein zusätzlicher Personenkreis (1 Erwachsener und 2 Kinder zu einem Eintrittspreis von 7,50 €) einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen

TOP 12 Anrufbus Aurich

Herr Siebolds teilt seine Enttäuschung und Verärgerung mit. Aus Sicht seiner Fraktion gehöre der Anrufbus zur Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Er könne daher die Argumente zur Einstellung nicht nachvollziehen. Seit Jahren habe die Fraktion DIE LINKE auf die Probleme aufmerksam gemacht. Vorschläge zur Verbesserung der Akzeptanz sowie zur Verbesserung der Finanzierbarkeit wurden ignoriert oder abgelehnt.

Die Stadt Aurich braucht einen guten ÖPNV. Das Angebot des ÖPNV in der Region reiche nicht aus.

Seine Fraktion werde dem gemeinsamen Antrag der Gruppe/SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen daher zähneknirschend zustimmen. Seine Fraktion könne jedoch derzeit keine langfristige Verbesserung des Angebots sehen. Die zwei Jahre müssten nunmehr dafür genutzt werden, dass der ÖPNV in der Stadt Aurich gut ausgebaut wird, um die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Es sollte daher über die Einführung eines Linienverkehrs nachgedacht werden, so Herr Siebolds. Ein guter ÖPNV ist wichtig für den Klima- und Umweltschutz, so sein Fazit.

Herr Mannott teilt mit, dass sich die Stadt Aurich keine weitere Finanzierung des sehr defizitären Anrufbusses leisten kann. Er verweist dabei auf die sehr angespannte Haushaltssituation der Stadt Aurich. Zudem nehmen die Bürgerinnen und Bürger das Angebot nicht an. Das führe dazu, dass die Fahrten jeweils stark subventioniert werden. Selbst das kostenlose Mitfahren, welches während der Pandemie angeboten wurde, habe nicht zur mehr Fahrgästen geführt.

Herr Mannott spricht sich daher für eine kostenlose Ausgabe von Taxi-Gutscheinen für Bedürftige aus. Dieses Angebot werde den Menschen eher helfen können.

Für Frau Altmann bedeutet der Anrufbus die Teilhabe von vielen Menschen am Leben. Jedoch habe es die Stadt Aurich mangels fehlender Werbung nicht geschafft, dass möglichst viele Menschen das Angebot nutzen. Mit dem nun vorliegenden Antrag besteht die Möglichkeit, dass in den nächsten zwei Jahren eine finanzielle Lösung und ein tragfähiges Konzept gefunden werden kann. Dazu bedarf es auch intensive Gespräche mit allen verantwortlichen Personen.

Sie führt weiter aus, dass insbesondere die Subventionierung von Gebühren überprüft werden sollte, hier bestehen im Haushalt hohe Einsparungsmöglichkeiten. Diese Gelder könnten dann auch für die Finanzierung des Auricher Anrufbusses verwendet werden.

Herr Rudolph betont, dass aufgrund der Klimanotlage ein Ausbau des ÖPNV dringend erforderlich ist, ansonsten kann die Mobilitätswende nicht erreicht werden. Der Bevölkerung müssen gute Alternativen zum Auto geboten werden, gerade auch in den ländlichen Gebieten. Ein guter ÖPNV müsse auch für eine soziale Gerechtigkeit sorgen. Das Konzept „Mobile Zeiten“ müsse jetzt angegangen und umgesetzt werden. Aktuell habe die Stadt Aurich bzgl. des Anrufbusses keine Alternativen. Gleichzeitig müsse auch das Image verbessert werden.

Frau Buss kritisiert das Schwarz-Weiß-Denken in dieser Debatte. Die Befürworter würden immer die soziale Keule herausholen. Die FDP-Fraktion sieht auch in den nächsten zwei Jahren keine Verbesserungen und setze daher andere Prioritäten. Die Stadt Aurich kann sich das jetzige System nicht mehr leisten. Zudem verweist Frau Buss auf die sachliche Zuständigkeit des Landkreises Aurich.

Sie stellt daraufhin einen Antrag zur Änderung der Formulierung unter Punkt 4 des Antrages.

Danach soll das Wort „umzusetzen“ gestrichen und durch das Wort „vorzulegen“ ergänzt werden. Des Weiteren ist auf die ausschließliche Entscheidung durch den Rat der Stadt Aurich hinzuweisen, welche das Konzept rechtzeitig vorzulegen hat.

Daraufhin teilt Herr Bathmann mit, dass die Stadt Aurich einen guten ÖPNV brauche. Die Stadt Aurich habe mit diesem Antrag nun zwei Jahre Zeit zur Neuausrichtung. Diese sollten ausreichen, um eine gute Lösung zu finden, so seine Aussage.

Bzgl. des Änderungsantrages teilt er mit, dass er keine Bedenken gegen die obigen Ergänzungen habe. Selbstverständlich sind die Antragsteller davon ausgegangen, dass über die Zukunft des Anrufbusses der Rat der Stadt Aurich entscheidet, so Herr Bathmann.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Konzession nun um zwei weitere Jahre verlängert werde. Diese Zeit werde die Stadt Aurich nutzen, um ein tragfähiges Folgemodell zu erarbeiten. Die Stadt Aurich brauche ein gutes ÖPNV-Angebot zum bestehenden ÖPNV-Angebot im Landkreis Aurich. Die Verwaltung werde diesbezüglich auch mit dem Landkreis Aurich sprechen. Die Entscheidung über die Zukunft des Anrufbusses liege selbstverständlich beim Rat der Stadt Aurich.

Frau Altmann teilt mit, dass ein Beschluss zum neuen Konzept bis zum 01. Juni 2025 zu erfolgen hat. Danach hat die Verwaltung rechtzeitig einen Entwurf vorzulegen. Der Antrag ist diesbezüglich auch so zu fassen.

Die Ratsvorsitzende schlägt sodann folgende Formulierung für den Punkt vier vor (Änderungen in Fettdruck bzw. gestrichen):

Die Verwaltung wird damit beauftragt ein Nachfolgemodell für den derzeitigen Anrufbus auf Grundlage der Konzeption und der Vorstellung vom Planungsbüro „Mobile Zeiten“ aus dem Fachausschuss Klima, Umwelt, Verkehr vom 12.04.23 inklusive Tarifgestaltung und Marketingkonzept auszuarbeiten und **dem Rat der Stadt Aurich** bis zum 01.06.25 **zur Entscheidung rechtzeitig vorzulegen** umzusetzen.

Sodann lässt sie über den gemeinsamen Antrag der Gruppe SPD/GAP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (einschließlich der oben beantragten Änderungen) abstimmen.

Bzgl. des Beschlusses wird auf den Tagesordnungspunkt 12.1 verwiesen.

TOP 12.1 Gemeinsamer Antrag der Gruppe SPD/GAP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Änderungsantrag zur Drucksache 23/078 - Kündigung Anrufbus - Vorlage: ANTRAG 23/029/1

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt den Anrufbus und den bestehenden Vertrag mit der Kreisbahn vom 02.01.2008 fristgerecht zu Ende Mai 2025 zu kündigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Kreisbahn und dem Aufgabenträger bei der NLVG eine einstweilige Erlaubnis zur Verlängerung zu erwirken.
3. Für 2024/25 werden dafür wie in den Vorjahren – 300.000,00 € p.a. plus jährlicher Anpassung in den Haushalt eingestellt.
4. Die Verwaltung wird damit beauftragt ein Nachfolgemodell für den derzeitigen Anrufbus auf Grundlage der Konzeption und der Vorstellung vom Planungsbüro „Mobile Zeiten“ aus dem Fachausschuss Klima, Umwelt, Verkehr vom 12.04.23 inklusive Tarifgestaltung und Marketingkonzept auszuarbeiten und dem Rat der Stadt Aurich bis zum 01.06.25 zur Entscheidung rechtzeitig vorzulegen.

Der Verkehrsverein Aurich wird aufgefordert, ab sofort den Anrufbus in das Tourismuskonzept u.a. als Zubringer vom ZOB zum EEZ einzuarbeiten und offensiv zu bewerben.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen

Hinweis:

Die anderen gestellten Anträge sowie die Beschlussvorlage 23/078 haben sich mit dem obigen Beschluss erledigt.

TOP 12.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: Änderungsantrag zur Drucksache 23/078 - Kündigung Anrufbus - Vorlage: ANTRAG 23/028

Auf den Tagesordnungspunkt 12.1 wird verwiesen.

TOP 12.3 Kündigung Anrufbus
Vorlage: 23/078

Auf den Tagesordnungspunkt 12.1 wird verwiesen.

TOP 13 71. FNP-Änderung des Flächennutzungsplanes "Ehemalige Blücher-Kaserne"

1. Erörterung und Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

2. Zustimmung zum Entwurf mit Begründung und Umweltbericht sowie Auslegungsbeschluss

Vorlage: 23/058

Herr Ott kritisiert die vorgesehenen Planungen. Aus seiner Sicht werden dabei viele Anregungen aus der Bürgerbeteiligung nicht berücksichtigt. Danach werden Grünflächen wesentliche verkleinert, obwohl diese Flächen überwiegend erhalten werden sollten. Auch der Baumbestand werde nicht gesondert geschützt. Es besteht die Gefahr, dass viele Bäume entfernt werden.

Des Weiteren führt er aus, dass vielmehr städtische Wohnungen mit eingeplant werden sollen. Diese könnten z.B. durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft errichtet werden. Auch ein modernes Energiekonzept ist nicht erkennbar. Die vielen Dachflächen sollten verstärkt für Photovoltaikanlagen genutzt werden, so Herr Ott.

Herr Ott führt weiter aus, dass in dem neuen Viertel wieder sehr stark auf das Auto gesetzt werde. Es stellt sich die Frage, ob zwei große Parkgaragen noch sinnvoll sind. Bei den Planungen sollten stattdessen verstärkt die Bedürfnisse von Personen berücksichtigt werden, welche sich auch bewusst gegen ein Auto entschieden haben. Die zentrale Lage bietet dazu diese Möglichkeiten.

Auch die bestehenden Schutzbunker sollten erhalten bleiben, so Herr Ott. Diese könnten für verschiedene Nutzungen verwendet werden. Hier sollte die Verwaltung Nutzungsmöglichkeiten prüfen.

Herr Siebolds teilt mit, dass er die Bedenken nachvollziehen kann. Konkrete Planungen und Ziele werden jedoch erst im Bebauungsplan festgelegt.

Herr Ott erwidert, dass ihm dieses Verfahren wohl bekannt ist. Die Vergangenheit habe jedoch gezeigt, dass bereits mit der Verabschiedung des Flächennutzungsplans die wesentlichen Planungsziele vorbestimmt worden sind. Diese hätten sich dann auch auf den Bebauungsplan ausgewirkt.

Die Ratsvorsitzende lässt sodann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Stellungnahmen gemäß Tabelle (Anlage Nr. 4) wird zugestimmt.

2. Dem Entwurf der 71. Änderung des Flächennutzungsplanes „Ehemalige Blücher-Kaserne“ mit Entwürfen der Begründung und des Umweltberichts wird in der vorliegenden Form (Anlagen 1 bis 3) zugestimmt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) BauGB i.V. mit § 4(2) BauGB mit den vorgenannten Entwürfen wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

TOP 14 Aufstellungsbeschluss - 77. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan Nr. 398 "ZOB Aurich" mit Veränderungssperre
Vorlage: 23/068

Herr Siebolds möchte wissen, ob sich innerhalb des Flächennutzungsplans auch städtische Flächen befinden.

Des Weiteren merkt Herr Siebolds an, dass auch für den Bahnsteig ausreichend Flächen eingeplant werden sollten. Aus seiner Sicht reicht die vorgesehene Fläche nicht aus, insbesondere was die Länge des Bahnsteigs betrifft.

Herr Wentto antwortet, dass sich auch städtische Flächen innerhalb der Planänderung befinden. Hier nennt er die Flächen der ehemaligen Gärtnerei Sander. Zum Bahnsteig teilt er mit, dass noch keine konkrete Planung vorliegt. Die Verwaltung werde diesbezüglich noch prüfen müssen.

Frau Altmann verweist auf eine Veränderungssperre bzgl. der Planungen zum zukünftigen Bahnsteig. Die Option für einen Bahnsteig sollte erhalten werden. Sie verweist auf einen konkreten Beschluss der städtischen Gremien. Herr Wentto antwortet, dass Veränderungssperren immer zeitlich befristet sind, sofern keine Verlängerungen vorgenommen werden. Die Verwaltung werde den Sachstand prüfen.

Sodann lässt die Ratsvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Aufstellung der 77. Flächennutzungsplanänderung „ZOB Aurich“ und
2. die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 398 „ZOB Aurich“ im Parallelverfahren,
3. sowie die Einleitung der Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 155 für den überlagerten Bereich und
4. eine Veränderungssperre für den Planbereich mit dem Inhalt, dass Vorhaben im Sinne des § 29 nicht durchgeführt werden (gem. §14 Baugesetzbuch)

werden beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 15 Verkauf von städtischem Grundbesitz im Bereich des Sanierungsgebietes
"Historische Altstadt Aurich"
Vorlage: 23/079**

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich verkauft die in dem anliegenden Lageplan rot umrandet dargestellten, innerhalb des Sanierungsgebietes „Historische Altstadt Aurich“ belegenen Flurstücke 101 zur Größe von 57 m² und 130 zur Größe von 67 m² jeweils der Flur 13 der Gemarkung Aurich zur Größe als Gegenleistung für den Erlass der im Sachverhalt aufgeführten Verpflichtungen.
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis (sanierungsbedingter Bodenendwert) beträgt nach jetzigem Kenntnisstand ca. 65.000,00 € und wird mit den Verbindlichkeiten aus den im Umlegungsverfahren übertragenen Verpflichtungen, welche von den Käufern erlassen werden, verrechnet. Eine Festsetzung des sanierungsbedingten Endwertes erfolgt durch die Umlegungsbehörde.
4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen

**TOP 16 Antrag der CDU-Fraktion, hier: Resolution des Rates der Stadt Aurich zum
Thema Wolf
Vorlage: ANTRAG 23/026**

Herr Gossel teilt mit, dass der Resolutionstext bewusst zurückhaltend formuliert worden ist. Sehr wohl nehme man die Ängste und Befürchtungen der Menschen ernst. Sie erwarten Hilfe. In seiner Rede führt er beispielhaft auf, welche Kosten auf Landwirte und Züchter zukommen können, wenn sie ihre Tiere möglichst sicher unterbringen wollen. Der finanzielle Aufwand ist enorm, so seine Aussage. Mit der Resolution möchte man auf die Wichtigkeit von Hilfen aufmerksam machen.

Frau Buss teilt mit, dass ihre Fraktion die Resolution unterstützen werde. Es bedarf insbesondere Hilfen für Maßnahmen zum Schutz der Weidetiere. Für gegenteilige Meinungen könne sie kein Verständnis aufbringen.

Frau Altmann betont, dass es einer Vielzahl von Maßnahmen bedarf, um die Gefahr für die Nutztiere zu verringern. Ein Abschuss dürfe nur die letzte Möglichkeit sein. Die Diskussion müsse zudem auf einer sachlichen Ebene geführt werden. Dabei müssen alle Interessen eine Berücksichtigung finden. Aus ihrer Sicht ist das Land Niedersachsen mit dem Wolfsmo-
nitoring gut aufgestellt. Die Resolution fördert eher die Unsicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Eine öffentliche Veranstaltung halte sie daher für sinnvoll. An dieser Veranstaltung sollten auch Umweltverbände vertreten sein. Diese können ihre Erfahrungen gut einbringen. Die Mehrheit des Rates stehe jedoch den Umweltverbänden kritisch gegenüber. Abschließend verweist sie auf die Zuständigkeiten. Die Stadt Aurich bzw. der Bürgermeister ist nicht der richtige Ansprechpartner.

Frau Altmann stellt sodann folgenden Änderungsantrag (sie verweist auf den Paragraphen 8 der Geschäftsordnung):

„Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah eine öffentliche Informationsveranstaltung ggf. zusammen mit dem Landkreis Aurich zum Thema „Wolf in Ostfriesland“ zu organisieren. An dieser Veranstaltung sollen Mitglieder des zuständigen Fachausschusses, der Landwirtschaft (z.B. der Landwirtschaftskammer) und Umweltverbände (z.B. BUND oder NABU) teilnehmen“.

Herr Siebolds teilt mit, dass es seitens seiner Fraktion keine inhaltliche Festlegung geben werde, darum werde man sich bei der Abstimmung enthalten. Die Wolfsproblematik ist eine Aufgabe, welche von vielen Beteiligten gelöst werden muss. Die Verwaltung der Stadt Aurich sollte nicht mit noch mehr Aufgaben belastet werden. Gleichwohl werde seine Fraktion eine Informationsveranstaltung für sinnvoll halten. Es sollten jedoch auch möglichst viele Gruppen und Verbände daran teilnehmen.

Aus Sicht von Herrn Mohr wird mit dem Antrag der CDU-Fraktion eher die Angst bei den Menschen erhöht. Bisher ist noch kein Mensch von einem Wolf angegriffen worden. Die Gefahr von einem Hund angegriffen zu werden ist dagegen wesentlich höher. Kein Mensch fordert jedoch ein Verbot für Hunde. Er fordert daher mehr Sachlichkeit in der Diskussion.

Der Bürgermeister teilt sodann mit, dass er eine Diskussionsrunde mit möglichst vielen Akteuren organisieren wird. Ein Termin werde zeitnah mitgeteilt.

Sodann lässt die Ratsvorsitzende über den zuvor gestellten Änderungsantrag von Frau Altmann abstimmen. Mit 8 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Die Ratsvorsitzende lässt anschließend über den Resolutionsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Sie teilt mit, dass die Terminierung im Verwaltungsausschuss der Stadt Aurich zeitnah mitgeteilt werden soll.

Beschluss:

Wir fordern konkret wie folgt (überregional) politisch aktiv zu werden:

1. Wolfsrudelfreie Zonen in den küstennahen Landkreisen zum Schutz der für den Deich- und Küstenschutz notwendigen und naturverträglichen Nutztierhaltung in Form von Schafen und die Ermöglichung einer Weidewirtschaft sowie der landschaftstypischen Weidetierhaltung durch Rinder, Kühe und Pferde.
2. Den Vorrang von Deichschutz und Deichsicherheit zum Schutz von Menschenleben in unserer Küstenregion trotz aktuell vorhandener Zielkonflikte mit dem Schutzstatus des Wolfes.
3. Eine Aufrüstungsspirale beim Herdenschutz kann nicht länger zu Lasten der Betroffenen gehen- Weidetierhaltung ist ein wichtiges Instrument der Landschaftspflege. Auf Küstendeichen und in Grünlandregionen mit hoher Weidetierdichte sind Weidetiere durch aufwändige Zäunung nicht praktikabel zu schützen.
4. Insbesondere fordern wir die Abgeordneten des Bundes- und des Landtages, sowie die Mitglieder des Europaparlaments der hiesigen Region auf, sich der Sorgen und Betroffenheit der hier lebenden Menschen anzunehmen und für eine praktikable und tierschutzgerechte Lösung zum Thema Wolf für die Küstenregion zu sorgen.
5. Dass die Formulierungen in den Koalitionsverträgen sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene, ein europarechtskonformes, regional differenziertes Bestandsmanagement zu ermöglichen, endlich auch in die Tat umgesetzt werden.

6. Dass sich das Land Niedersachsen zeitnah den Forderungen von sechs anderen Bundesländern, eine Neubewertung der EU-Strategie bei der Europäischen Kommission sowie eine Überprüfung des Schutzstatus des Wolfes einzufordern, anschließt.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen

TOP 17 Berichte und Erklärungen der Fraktionen und Gruppen

Frau Weber führt aus, dass sich Rat und Verwaltung mehr um den Klima- und Umweltausschuss kümmern sollten. Sie fordert zudem mehr konsequentes Handeln, da viele wichtige Punkte bisher noch nicht umgesetzt worden sind bzw. nur sehr halbherzlich angegangen werden.

TOP 18 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Berichte des Bürgermeisters liegen nicht vor.

TOP 19 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung

Anfragen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

TOP 20 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin erkundigt sich nach dem Sachstand zur Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen des Programms „Perspektive Innenstadt“.

Der Bürgermeister antwortet, dass er so kurzfristig keine Aussage zum Stand der Umsetzungen geben kann. Ein ausführlicher Bericht werde es in der nächsten Sitzung des Rates geben.

TOP 21 Schließung der Sitzung

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt die Ratsvorsitzende sodann die Ratssitzung um 19:05 Uhr.

Hartmann-Seibt
Vorsitzende

Feddermann
Bürgermeister

Friedrichs
Protokollführer